**FDP-Fraktion**
**im Kreistag Zollernalbkreis**

**Sitzung des Kreistags am 12.12.2022**

**Haushaltsrede 2022 (Haushaltsplanentwurf für 2023)**

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

wir verabschieden heute – im Gegensatz zum letzten Jahr - den Haushalt wieder in einer **Präsenzsitzung**, haben in den letzten Monaten wieder regelmäßig in Präsenz getagt. Dies ist für die Debatten und auch die Öffentlichkeit ohne Frage ein Gewinn. Die **Corona**-Beschränkungen haben wir zum Glück – wir hoffen endgültig – hinter uns gelassen. **Nachwirkungen**, insbesondere wirtschaftlicher Art, aber auch psychischer Art bei den Menschen **spüren wir teilweise noch deutlich**. Und es ist eine neue, uns radikal belastende Krise hinzugetreten: die **Ukrainekrise** mit allen Folgen, insbesondere mit einer **Energiekrise** und, auch das spüren wir, mit einer enormen Zunahme von **Flüchtlingen**. Das bringt erhebliche Herausforderungen für den Kreis, zumal wir global, bundesweit und regional auch noch die **Klimakrise** haben.

Die in **Folge des Krieges** enorm **gestiegenen Staatsausgaben**, die **heftig gestiegenen Lebenshaltungskosten**, die **hohe Inflationsrate** – dies alles wird auch den Kreishaushalt treffen. Und wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern **klaren Wein einschenken**, was bislang weder durch die Bundes- noch Landespolitik noch durch die Medien in der erforderlichen Deutlichkeit geschieht: **Der Staat, die öffentliche Hand, wird bei weitem nicht alle Belastungen abfedern können** – und schon gar nicht auf Dauer. Wir alle werden uns im privaten Bereich einschränken müssen – je länger der Ukrainekrieg dauert, desto mehr. Und wir werden **Standards abbauen** müssen, **mit der**

**Entbürokratisierung endlich ernst machen müssen**. Zu häufig stehen wir uns durch die zahlreichen Vorschriften selbst im Weg. Das gilt für die Flüchtlingsunterbringung, dies gilt für Bauvorschriften, das gilt nahezu überall.

**Es gibt auch Erfreuliches:**

In Sigmaringen ist **gemeinsam für die Landkreise Sigmaringen und Zollernalb** das **Hospiz Johannes** eröffnet worden. Seit Oktober 2022 werden die ersten Gäste aufgenommen und betreut. Der für den Zollernalbkreis **dringend bestehende Bedarf für Hospizplätze** kann so abgedeckt werden. **Von uns**, der FDP-Fraktion, in der Haushaltsrede hier im Dezember 2016 **mit angestoßen**, hat dies fraktionsübergreifend Unterstützung erfahren und die Kreisverwaltung hat sich der Idee intensiv zugewandt. Der von privater Seite durch eine großzügige Spende ermöglichte Neubau ist sehr schön geworden. Die Einrichtung ergänzt die **Hospizarbeit in den beiden Landkreisen** um einen wichtigen Baustein.

**Positiv ist auch,** dass in unserem Zollernalbklinikum nun eine **eigenständige Palliativstation** eingerichtet wird. Hier hatten wir in unserer Haushaltsrede 2019, als geplant war, die Palliativmedizin als Teilbereich der inneren Medizin anzubieten, mehr Mut gefordert, den ganzen Schritt zu einer eigenständigen Palliativstation zu gehen. Jetzt sind wir soweit: Das ermöglicht eine **noch bessere**, der Situation der Patienten angepasste **Versorgung** und **tut dem Ansehen des Klinikums** gut, gibt ihm etwas Besonderes.

Dies gilt in gleicher Weise für die Einrichtung einer **Kinder- und Jugendmedizin**. Im Übrigen macht uns das **Klinikum jedoch große Sorgen**. Der **jährliche Verlust ist auf 10 Millionen Euro** gestiegen – wobei die Investitionskosten in die Gebäude vom Kreis gesondert bezahlt werden (z.B. 5,3 Millionen Euro für Palliativstation und Kinder- und Jugendmedizin). Und dies dürfte nicht nur an Corona und den Rahmenbedingungen liegen, es gibt ja auch Häuser mit deutlich geringerem Verlust. **Auffallend** ist eine sehr umfangreiche, ja übertrieben anmutende **Öffentlichkeitsarbeit**. Weniger könnte da mehr sein, und es ermöglichen, mehr Kräfte in die Patientenversorgung zu stecken.

**Uns, der FDP-Fraktion, ist wichtig**, mit **hoher Energie und hohem Tempo** den eingeleiteten Weg zu einem Zentralklinikum im Gebiet Firstäcker **weiter** zu gehen. Nur dann hat das Klinikum im Kreis eine Überlebenschance. Wir brauchen **rasch Klarheit**, **wie das Land ein neues Klinikum am Standort Firstäcker fördert** und müssen dann **Beschlüsse fassen.**

Im **Öffentlichen Nahverkehr** haben wir seit Mitte 2021 mit dem **Linienbündelkonzept** eine **deutliche Angebotsverbesserung eingeführt.** Die Akzeptanz lässt aber weiter zu wünschen übrig. Außerhalb des Schülerverkehrs fahren viele leere Busse durch die Gegend. Und im Schülerverkehr gibt es weiterhin in manchen Bereichen große Probleme mit den beauftragten Unternehmen bzw. deren Leistungserbringung. An der Verbesserung muss die Kreisverwaltung weiterhin mit Nachdruck arbeiten. - Wir sind gespannt, ob das **Kombiticket für die Gartenschau in Balingen** sowie das geplante bundesweite 49 Euro-Ticket zu **größerer Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs** führen wird. Ob sich dies in der Fläche wirklich realisieren wird, bleibt eher fraglich.

Die starke Zunahme von **Flüchtlingen und Asylsuchenden** fordert den Kreis heraus. Die **Aufnahmekapazitäten** sind erschöpft. Die **Wohnraumbeschaffung,** die schon für den Normalbürger nicht einfach ist, stellt eine große Herausforderung dar. Das **Ankunftszentrum Meßstetten** ist da wichtiger Baustein für die Erstaufnahme, auf welchen aktuell nicht verzichtet werden kann. Achten müssen wir aber darauf, dass unser Zukunftsprojekt des **interkommunalen Industrie- und Gewerbeparks** nicht gefährdet wird. **Soweit es Probleme mit Flüchtlingen gibt**, sollten diese bitte nicht verschwiegen werden – sie sind in der Bevölkerung ohnehin bekannt - und in offenem Dialog soweit wie möglich gelöst werden. **Wir hoffen**, dass es dem **Kreis gelingen wird**, Wohnraum anzumieten und/oder neu zu schaffen. Und wir hoffen auf ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine, für die Menschen in der Ukraine, für die Soldaten beider Kriegsparteien und deren Familien, zur Vermeidung weiterer Umweltzerstörung durch den Krieg, zur Ermöglichung der Heimkehr der aus der Ukraine geflüchteten Personen in ihre Heimat.

Die **Personalkostenentwicklung ist erschreckend**. Allein in den letzten 10 Jahren ist ein **Anstieg** von 31 Millionen Euro auf nach dem Planansatz 50,7 Millionen Euro, also **um fast 20 Millionen Euro** zu verzeichnen. Immer wieder haben wir wie auch andere Fraktionen darauf hingewiesen. Beeindruckt hat dies die Verwaltungsspitze offenkundig nicht. Jahr für Jahr wird eine hohe Zahl an Neustellen gefordert, dabei sind viele bewilligten Stellen gar nicht besetzt. Wir verkennen zusätzliche Aufgaben nicht, ebenso wenig die vielen zu beachtenden bürokratischen Hürden. Dennoch **kann es so nicht einfach weitergehen**. Mit dem **gemeinsamen Antrag von CDU/FW/FDP** versuchen wir daher, einen **gewissen Einhalt zu gebieten und größere Sensibilität zu wecken** – auch wenn dies nicht gefällt. Wir geben jetzt als Kreistag den Rahmen vor. Innerhalb der großzügig bemessenen Stellenobergrenze für die Jahre 2023 und 2024 ist es nun Aufgabe der Verwaltung, den Personaleinsatz zu steuern und zu verantworten.

**Wichtig** wird – nicht zuletzt auch zur Eindämmung des Personalzuwachses - sein, die **Digitalisierung der Verwaltung kompetent und zügig voranzutreiben**. Die **elektronische Akte** muss von der inhaltlichen Struktur und von der Performance her top funktionieren, wenn Beschleunigungs- und Einspareffekte erzielt werden sollen. Zudem muss mit der Möglichkeit **elektronischer Antragsstellung** ein beschleunigtes Arbeiten ermöglicht werden - zur Qualitätsverbesserung für die Bürgerinnen und Bürger wie auch letztlich zur Personalreduzierung.

Die Alterspyramide des beim Landkreis beschäftigten Personals könnte mittelfristig die Chance auf eine Reduzierung des Personals bieten, wenn es gelingt, **durch Digitalisierung effizienteres Arbeiten** zu ermöglichen. Und achten sollten wir aus unserer Sicht darauf, dass die **Verwaltung nicht weiter dezentralisiert, sondern zusammengeführt** wird, um effektiv arbeiten zu können.

Jährliches Thema bei der Haushaltsverabschiedung ist die **Höhe der Kreisumlage**. Die Verwaltung hat eine Anhebung um zwei Prozentpunkte auf 29 % gefordert. Obwohl entgegen dem Verwaltungsvorschlag die Kreisumlage bei der Haushaltsverabschiedung für 2022 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt worden sind, ist der **Schuldenstand erneut gesunken**, musste die **Kreditermächtigung nicht in Anspruch genommen** werden. Die für das Kreisumlageaufkommen wichtigen **Steuerkraftsummen** der Gemeinden sind weiter **gestiegen**. Nach der aktuellen Steuerschätzung wird es **erhebliche Mehreinnahmen** geben**bislang nicht eingepreiste zusätzliche Mittel** fließen in den Haushalt. Höhere OEW-Mittel mit ca. 870.000 € kommen zum Beispiel auch dazu. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte sowie der **Finanzlage der Städte und Gemeinden** sehen wir eine Anhebung der Kreisumlage im vorgeschlagenen Umfang nicht für angezeigt. **Gemeinsam mit CDU und FW** haben wir daher eine **Erhöhung nur um 0,5 Prozentpunkte beantragt**, was wir beschließen wollen. Der Landkreis wird dadurch keinen finanziellen Schaden nehmen.

Mit diesen **wenigen Schlaglichtern auf den Haushalt** möchte ich es heute bewenden lassen. **Zentrale Zukunftsthemen bleiben** die **Regionalstadtbahn** und ein **Zentralklinikum**, **Klimaschutz** und **klimaneutrale Kommunalverwaltung**, eine kostengünstige, nachhaltige **Abfallwirtschaft**, **Umsetzung der Radwegekonzeption**, **Unterhaltung des Straßennetzes und Vieles mehr.**

Dem **Haushaltsplanentwurf** in der jetzt vorliegenden, aktualisierten Fassung mit den vorliegenden Empfehlungsbeschlüssen und den zur Kreisumlage und zu den Personalstellen gestellten Anträgen **werden wir**, die **FDP-Fraktion**, **zustimmen.**

Dem von meinen Vorrednern ausgesprochenen Dank schließe ich mich an.

Dr. Dietmar Foth

Fraktionsvorsitzender